

Studierendenparlament der Freien Universität Berlin **Semesterticket-Satzung**

Das Studierendenparlament der Freien Universität Berlin hat am **TT. Monat 2019** folgende Neufassung der Semesterticket-Satzung gemäß § 18a des Gesetzes über die Hochschulen im Land Berlin (Berliner Hochschulgesetz – BerlHG) in der Fassung vom 26. Juli 2011 (GVBl. 378), zuletzt geändert am 2. Februar 2018 (GVBl. S. 160), erlassen:¹

§ 1

Gegenstand und Geltungsbereich

(1) Beitragshöhe Semesterticket

Die Studierendenschaft erhebt von allen Studierenden, die Mitglied der Studierendenschaft der Freien Universität Berlin sind, Beiträge zum Semesterticket. Die Höhe des Beitrages ist in einer Vereinbarung mit dem nach § 18a Abs. 1 Satz 2 BerlHG zuständigen Vertragspartner für den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) festzulegen und beträgt derzeit 193,80 EUR. Eine Beitragserhöhung, die den in der zuletzt durchgeführten Urabstimmung unter den Studierenden nach § 18 a Absatz 2 BerlHG bestätigten Betrag um mehr als 5 vom Hundert übersteigt, setzt eine erneute Urabstimmung voraus. Eine Urabstimmung ist nicht erforderlich, sofern es sich um Beitragserhöhungen handelt, die aufgrund einer vertraglich vereinbarten Bindung der Preisentwicklung des Semestertickets an die Preissteigerungen der normalen Tickets für den Tarifbereich ABC erfolgen.

Die Studierenden erhalten dafür eine Fahrtberechtigung nach den Bedingungen des VBB-Semesterticketvertrages.

(2) Geltungsbereich Semesterticket

Das Semesterticket ist eine persönliche Zeitkarte. Die Fahrtberechtigung ist nicht übertragbar und erstreckt sich auf das Verkehrsangebot der den Verbundtarif anwendenden Unternehmen und ist im Zeitraum des jeweiligen

Wintersemesters vom 1. Oktober bis 31. März, Sommersemesters vom 1. April bis 30. September,

für beliebig viele Fahrten im Tarifbereich Berlin ABC gültig. Ausgenommen sind die Sonder- und Ausflugslinien. Das Semesterticket berechtigt zur unentgeltlichen Mitnahme von Kindern bis zum vollendeten sechsten Lebensjahr (bei Fähren bis zu 3 Kinder) und Gepäck und einem Hund und einem Kinderwagen. Ein Fahrrad kann unentgeltlich mitgenommen werden, wenn dies die Beförderungsbedingungen zulassen. Dabei gelten die Beförderungsbedingungen und Tarifbestimmungen des gemeinsamen Tarifs der im Verkehrsverbund Berlin- Brandenburg zusammenwirkenden Verkehrsunternehmen (VBB-Tarif). Im Bereich des Schienenpersonenverkehrs gilt die Fahrtberechtigung nur für den Schienenpersonennahverkehr im Sinne von § 2 Abs. 5 Allgemeines Eisenbahngesetz. Dies sind alle Angebote, bei denen VBB-Fahrausweise anerkannt werden. Das Semesterticket umfasst keine Aufpreise und Zuschläge.

(3) Nachweis der Fahrtberechtigung

Die Fahrtberechtigung wird durch Vorlage des Studierendenausweises für das jeweilige Semester mit dem Aufdruck „Semesterticket“ nachgewiesen. Soweit der Studierendenausweis kein von der Hochschule aufgebrachtes Lichtbild enthält, gilt die Fahrtberechtigung nur in Verbindung mit einem gültigen amtlichen Personaldokument mit Lichtbild oder einem gültigen Internationalen Studierendenausweis (ISIC). Sind bis zum 21. Kalendertag vor Semesterbeginn die Unterlagen für Immatrikulation oder Rückmeldungen nicht ordnungsgemäß eingereicht und die Beiträge nicht

¹ Diese Satzung ist vom Präsidium der Freien Universität Berlin am **TT. Monat 20JJ** bestätigt worden.

vollständig eingezahlt, kann die Ausstellung der Fahrtberechtigung zum ersten Tag des Semesters nicht gewährleistet werden.

§ 2

Beitragspflicht: Ausnahmen, Befreiung, Zuschuss

(1) Ausnahmen von der Beitragspflicht

Folgende Personen sind von der Beitragspflicht zum Semesterticket ausgenommen und erhalten kein Semesterticket:

1. Studierende, die nicht Mitglied der Studierendenschaft der FU Berlin sind oder die von der Hochschule keinen Studierendenausweis erhalten,
2. Nebenhörerinnen und Nebenhörer, Gasthörerinnen und Gasthörer und Fernstudierende, 3. Schwerbehinderte, die nach dem Recht der Schwerbehinderten im Neunten Buch des Sozialgesetzbuches (SGB IX) Anspruch auf Beförderung haben und dies der Hochschulverwaltung nachgewiesen haben, 4. Studierende, die an einer anderen Hochschule der Länder Berlin oder Brandenburg immatrikuliert sind und dort ein VBB-Semesterticket erhalten.

(2) Befreiung von der Beitragspflicht

Folgende Personen werden, wenn sie wollen, auf Antrag nachträglich von der Beitragspflicht zum Semesterticket ausgenommen, erhalten ihren Beitrag zurück und ihr Semesterticket wird als ungültig gekennzeichnet:

1. Studierende mit Behinderungen, die aufgrund ihrer Behinderung den öffentlichen Nahverkehr nicht nutzen können, worunter auch zeitweilige Behinderungen verstanden werden, wenn sie für das Semester die Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs gleichfalls ausschließen,
2. Studierende, die sich auf Grund ihres Studiums im Praxissemester, im Auslandssemester oder im Rahmen der Studienabschlussarbeit für mindestens drei zusammenhängende Monate des jeweiligen Semesters außerhalb des Geltungsbereichs aufhalten. ,
3. Studierende, die für Ergänzungs-, Zusatz-, Aufbaustudiengänge, ein Teilzeit- oder berufsbegleitendes Studium sowie als Promotionsstudierende immatrikuliert sind oder an weiterbildenden Studien teilnehmen. Dies gilt außerdem für Studierende, die für ein Studium mit dem Studienabschluss Master im Rahmen eines nicht konsekutiven Studienganges eingeschrieben sind. Dies gilt nicht für Studierende, die für ein Studium mit dem Studienabschluss Master im Rahmen eines konsekutiven Studienganges eingeschrieben sind,
4. Studierende, die sich im Urlaubssemester befinden,
5. Studierende, die im Besitz eines Firmentickets sind.

Dementsprechende Anträge und geeignete Nachweise sind an das Semesterticketbüro zu richten, näheres dazu in § 3. In Abweichung von § 2 Abs. 2 können Promotionsstudierende vorab mitteilen, ob sie ein Semesterticket erwerben möchten oder nicht. Erfolgt keine Mitteilung, so wird nach § 2 Abs. 2 verfahren.

(3) (Teil-)Befreiung von der Beitragspflicht

Folgende Personen können die teilweise oder ganze Rückerstattung des gezahlten Beitrages zum Semesterticket beantragen:

1. Studierende, die nachweislich mehr als einen Monat nach Semesteranfang immatrikuliert werden,

2. Studierende, die im laufenden Semester exmatrikuliert werden oder ihre Immatrikulation zurücknehmen,

3. Studierende, die im laufenden Semester rückwirkend beurlaubt werden oder im laufenden Semester nachweislich so schwer erkranken, dass sie zur Gewährung eines Urlaubssemesters berechtigt wären.

Für jeden noch nicht angebrochenen Monat der Geltungsdauer des Semestertickets wird ein Sechstel des gezahlten Beitrages erstattet. Maßgeblicher Beginn der Berechnung der noch nicht angebrochenen Monate ist dabei die Abgabe bzw. Entwertung des Semestertickets beim Semesterticketbüro. Erfolgt die Mitteilung über Abgabe bzw. Entwertung des Semestertickets über die Studierendenverwaltung wird von einer Bearbeitungsfrist von drei Tagen ausgegangen, die den Rückerstattungsanspruch unberührt lässt. Liegt der Abgabe- bzw. Entwertungszeitpunkt in den ersten drei Tagen eines Monats bzw. in den ersten drei Tagen nach Ausstellung (Druckdatum) des Tickets, wird von einer Entwertung des Semestertickets im letzten Monat ausgegangen. Ferientage und Wochenenden, an denen die Studierendenverwaltung oder das Semesterticketbüro geschlossen sind, werden bei der Berechnung nicht mitgezählt. Für Monate vor der Abgabe bzw. Entwertung des Semestertickets werden keine Beiträge erstattet.

(4) Zuschuss zum Semesterticketbeitrag

Studierende, welche aufgrund einer finanziellen Notlage nicht in der Lage sind, den Betrag für das Semesterticket aufzubringen, können beim Semesterticketbüro einen teilweisen oder vollständigen Zuschuss aus dem Sozialfonds erhalten. Näheres dazu ist in der Sozialfonds-Satzung geregelt.

§ 3

Anträge an das Semesterticketbüro

(1) Zuständigkeit

Die zuständige Stelle für die Entscheidung über alle Anträge ist das Semesterticketbüro. Alle personenbezogenen Daten werden dabei vertraulich behandelt. Der Antrag muss das vollständig ausgefüllte Formblatt, alle Nachweise sowie eine unterschriebene Versicherung über die Richtigkeit der gemachten Angaben enthalten. Alle Angaben sind durch geeignete Unterlagen nachzuweisen.

(2) Antragsfristen

„Bei der Abgabe des Antrags auf Befreiung von der Beitragspflicht beim Semesterticketbüro gelten folgende Fristen:

1. Bei Studierenden, die sich zurückmelden und

a) beurlaubt sind, muss der Antrag bis sechs Wochen nach Vorlesungsbeginn beim Semesterticketbüro eingegangen sein, oder

b) sich im Praxissemester, im Auslandssemester oder im Rahmen der Studienabschlussarbeit für drei zusammenhängende Monate des jeweiligen Semesters außerhalb des Geltungsbereichs aufhalten, muss der Antrag bis 30. September für das Wintersemester und bis 31. März für das Sommersemester oder 14 Tage nach Eintreten des Antragsgrundes im Semesterticketbüro spätestens jedoch zum 15. März für das laufende Wintersemester und zum 15. September für das laufende Sommersemester vollständig eingegangen sein.

2. Bei Studierenden, die sich neu oder verspätet immatrikulieren oder nachträglich beurlauben lassen, muss der Antrag innerhalb von einem Monat ab Datum der Immatrikulation oder

Beurlaubung im Semesterticketbüro, spätestens jedoch zum 15. März für das laufende Wintersemester und zum 15. September für das laufende Sommersemester vollständig eingegangen sein. Bei sonstigen Studierenden im Sinne des § 2 Abs. 2 und 3 ist eine Antragsstellung bis zum 15. März für das laufende Wintersemester und bis zum 15. September für das laufende Sommersemester möglich. Zu diesem Zeitpunkt muss der Antrag vollständig eingegangen sein.

(3) Bewilligungszeiträume

Befreiungen von der Zahlungspflicht gelten nur für das laufende oder ab dem Beginn der Rückmeldefrist für das nächste Semester. Eine rückwirkende Befreiung von der Zahlungspflicht wird nicht gewährt.

(4) Entscheidung über Anträge, Erstattung Beiträge

Die Bearbeitungsreihenfolge wird durch den Eingang der Anträge bestimmt. Das Ergebnis der Entscheidung ist der/dem Studierenden wenn möglich per E-Mail mitzuteilen und eine Ablehnung ist zu begründen. Das Ergebnis der Entscheidung wird dem Immatrikulationsbüro unverzüglich mitgeteilt. Soweit zum Zeitpunkt der Entscheidung der Beitrag bereits gezahlt wurde, ist die Rückzahlung des erlassenen Beitrages zu veranlassen. Sind zu diesem Zeitpunkt bereits Studierendenausweise ausgestellt worden, so kann eine Erstattung des erlassenen Beitrages erst erfolgen, nachdem der als Fahrtberechtigung gültige Studierendenausweis dem Semesterticketbüro vorgelegt und von diesem mit einem Sichtvermerk versehen wurde, der darauf hinweist, dass er nicht als Semesterticket gültig ist.

§ 4

Kündigung bestehender Abonnements

Studierende, die vor der Inanspruchnahme des Semestertickets eine Zeitkarte im Abonnement bzw. eine Jahreskarte eines der Verbundverkehrsunternehmen besitzen, können diese entsprechend der Bedingungen für Jahres- und Abonnementkarten bei diesem Verkehrsunternehmen vorzeitig kündigen. Verwaltungskosten werden nicht erhoben.

§ 5

Verwendung weiterer Einnahmen

Alle weiteren Einnahmen aus dem Semesterticketbeitrag, die nicht zur Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Vertrag über ein VBB-Semesterticket oder als Verwaltungsaufwendungen zur Ausführung dieser Satzung oder der Sozialfonds-Satzung benötigt werden, werden dem Sozialfonds nach § 18a Abs. 5 BerlHG zugeführt.

§ 6

Kündigung des VBB-Semestertickets

Die Studierendenschaft kann den VBB-Semesterticketvertrag kündigen, wenn sich die Studierenden in einer Urabstimmung für die Abschaffung des Semestertickets aussprechen. Das Kündigungsrecht gilt nur dann als fristgerecht mit Wirkung zum Ende des laufenden Semesters ausgeübt, wenn die Kündigungserklärung der BVG, der S-Bahn Berlin GmbH, der DB Regio AG und dem VBB jeweils gesondert spätestens 1 Monat vor Beginn des jeweils nachfolgenden Semesters zugeht.

§ 7 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am Tage nach der Veröffentlichung in den FU-Mitteilungen (Amtsblatt der Freien Universität Berlin) in Kraft.